

08.05. 2002

Finanzkrise hat nichts mit Steuerreform zu tun

SPD weist Vorwürfe der CDU zurück / Brandner: „Kommunen müssen selbst aktiv werden“

Kreis Gütersloh (-nd). Klaus Brandner, heimischer Bundestagsabgeordneter und stellvertretender Kreisvorsitzender der SPD, versteht die Aufregung der CDU nicht. Die Finanzkrise der Kommunen habe absolut nichts mit der Steuerreform zu tun. Auch die Befürchtungen des Kreiskämmerers, der für 2003 ein Finanzloch in Höhe von 12 bis 21 Millionen Euro prognostiziert, mochte Brandner nicht teilen: "Der Bund stellt für das Grundsicherungsgesetz 410 Millionen Euro zur Verfügung. Sollten die nicht ausreichen, wird nach zwei Jahren jeder Fall einzeln abgerechnet."

Dass die Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen so großen Schwankungen unterlägen, sei ein Verdienst der CDU und der FDP. Die Bundesregierung habe zur Reformierung der Gemeindefinanzen bereits eine Kommission eingesetzt. Mitte 2003 lägen die Vorschläge auf dem Tisch, ab dem 1. Januar 2004 seien die Gemeindefinanzen wieder kalkulierbar. Die Abschaffung der Gewerbesteuer, wie von CDU und FDP gefordert, löse das Problem hingegen nicht.

Die Bundesregierung habe viele Gesetze und Regelungen erlassen, die die Kommunen spürbar entlasteten. Brandner nannte das Job-AQTIV-Gesetz, den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, die Erhöhung des Kindergeldes, die Entlastung des Mittelstandes. Brandner: "Da stecken Chancen drin, die allerdings genutzt werden müssen." Hier seien die Kommunen gefordert, selbst aktiv zu werden. Brandner: "Es gibt hervorragende Programme, die sich für die Kommunen auszahlen. Man muss aber zunächst investieren. Der Bund kann den Kommunen das nicht abnehmen. Statt zu handeln, werden die Arbeitslosigkeit und die Sozialhilfe vielerorts leider nur verwaltet."

Es sei auch nicht richtig, dass der Mittelstand bei einer eventuellen Erhöhung der Gewerbesteuer zusätzlich belastet werde: "Die Mehrbelastung kann bei der Einkommenssteuer wieder abgezogen werden."

Man dürfe auch nicht vergessen, welchen Scherbenhaufen CDU und FDP bei dem Regierungswechsel hinterlassen hätten. Erst die neue Bundesregierung habe die Schulden in den Griff bekommen. Seitdem seien 1,2 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden und die Arbeitslosenzahl um 430.000 gesenkt worden. Die Verzahnung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe sei eine der wichtigsten Aufgaben in der neuen Legislaturperiode. Die Harz-Kommission erarbeite zudem Vorschläge, wie aus dem Arbeitsamt ein moderner Arbeitsvermittlungsdienstleister werde..

Ursula Ecks, SPD-Fraktionsvorsitzende im Kreistag, forderte die CDU auf, in den Jugendhilfebereich zu investieren: "Nur so bekommen wir die Kosten in den Griff. Ein Absenken der Standards bringt nichts." Vom Kreiskämmerer erwartet sie eine Gegenrechnung.

Bild: Bezogen Stellung: SPD-Geschäftsführer Wolfgang Bölling, Klaus Brandner (MdB) und die Fraktionschefin Ulla Ecks. FOTO: VORNBÄUMEN